

Gerd Becker

Erfahrungen, Forderungen und Ansprüche an die Integrations- und Vernetzungsarbeit in Kommunen

Dieser Text beschäftigt sich mit den Erwartungen der Kommunen in Bezug auf Integrationsarbeit und Vernetzungsarbeit. Unmittelbar dazu gehört eine weitere Frage: Wie ist die Haltung zu Projekten, die aus Landes-, Bundes- oder EU-Mitteln angestoßen werden, deren Weiterfinanzierung meist nach drei Jahren ungesichert ist und die dann von den Kommunen eingefordert wird?

Als Vertreter der Jugendhilfe, der sich mit dieser Thematik auseinandersetzt und dazu Positionen bezieht, bemühe ich mich dennoch, von dieser Rolle etwas zurück zu treten und aus einem gesamten kommunalen Standpunkt heraus zu argumentieren. Positionen einer Kommune werden nicht von der Jugendhilfe alleine geprägt. Im Folgenden entwickle ich kommunale Erwartungen an Integrationsarbeit, an Vernetzungsarbeit und an durch Drittmittel finanzierte Projekte.

1. Zur Integrationsarbeit:

Zunächst ein Wort über die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen für Integrationsarbeit in den Kommunen. Ich verwende statt „Migranten“ dabei lieber den Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“. Nach dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht besitzen zunehmend mehr Menschen, die in der 2. oder 3. Generation hier aufgewachsen sind, jetzt einen deutschen Pass. Die offizielle Ausländerstatistik entspricht dieser Entwicklung zunehmend nicht mehr.

Unterschiedliche Ausgangsbedingungen deshalb, weil beispielsweise in Frankfurt/M. der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund – bezogen auf die Gesamtbevölkerung – bei über 30 Prozent liegt und bei den 15 bis 25-Jährigen bei ca. der Hälfte angekommen ist. In Hessen ist der Gesamtanteil bei ca. 12 Prozent und in den neuen Ländern beträgt teilweise 2 bis 3 Prozent. Frankfurt/M. ist die Stadt mit dem bundesweit höchsten Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Seit Jahrzehnten gibt es hier keine offen ausländerfeindlichen Gruppen und keine Skinheads. Andererseits häufen sich in den neuen Ländern insbesondere fremdenfeindliche Stimmungen und Übergriffe. Dies zeigt, dass es für Fragen des Zusammenlebens unterschiedlicher Ethnien keine einfachen Lösungen und schon gar keine Rezepte

gibt. Es gibt eher Paradoxien, wie gerade aufgezeigt: Xenophobie, also Fremdenfeindlichkeit tritt gerade dort auf, wo wenige Fremde leben.

Dies wird in der neuen Shell-Studie bestätigt: Während in den alten Bundesländern 46 Prozent der befragten Jugendlichen/jungen Erwachsenen gegen den weiteren Zuzug von Ausländern waren, lag dieser Anteil in den neuen Ländern bei 56 Prozent.

Mit meiner Bemerkung, in Frankfurt/M. gibt es keine offen fremdenfeindlichen Aktionen, will ich nicht sagen, strukturelle und alltäglich interkulturelle Probleme gäbe es in dieser Stadt nicht. Nicht ohne Grund gibt es seit 1989 das Amt für Multikulturelle Angelegenheiten (AMKA), ein Amt, dessen erster Dezernent Daniel Cohn-Bendit war, ein Amt, dessen Abschaffung von bestimmten Parteien in 13 Jahren seines Bestehens häufiger gefordert wurde. Und es ist vielleicht nicht uninteressant zu erwähnen, dass seit einiger Zeit der Dezernent für dieses Amt von gerade einer derjenigen Parteien gestellt wird, die das Amt früher auflösen wollten. Und dieser Dezernent setzt sich nach meiner Wahrnehmung mit großem Engagement für dieses Amt ein.

Zuwanderung sollte nicht zuerst als Problem oder Belastung, sondern als eine Bereicherung und als Chance für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft gesehen werden, was sich auch im Sprachgebrauch und in der Argumentation darüber niederschlagen sollte.

Die gesamte Geschichte zeigt, dass Kulturen sich gegenseitig bereicherten und Zuwanderung ein entscheidendes Element dabei war.

Nicht erst seit der Globalisierungsdebatte ist klar, dass eine abgeschlossene nationale monokulturelle Sichtweise nicht mehr möglich ist. Die Entwicklung der Staatengemeinschaft Europas unterstreicht dies um so mehr, auch wenn einige dies nicht wahrhaben wollen.

Begreift man Globalisierung und die Entwicklung zu einem vereinten Europa nicht nur als einen wirtschaftlichen Faktor, so ist es selbstverständlich, dass Kommunen sich nicht nur Gedanken machen, wie sie wirtschaftlich den Anschluss an die internationale Entwicklung halten, sondern wie sich die Internationalisierung innerhalb des Zusammenlebens in der Kommune selbst abspielt.

Die bekannte Redewendung zur ersten Migrantengeneration „Wir haben Arbeitskräfte gesucht und Menschen sind gekommen“ könnte heute weiter modifiziert werden: Wird in den Städten und Gemeinden Integration nicht als Querschnittsthema aufgegriffen und mit Leben gefüllt, wird auch die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Fragestellungen nicht gelingen.

Von den Trägern, die im Zusammenhang mit

Sozialer Stadt oder darüber hinaus einen Beitrag zur Integrationsarbeit leisten, erwarte ich, dass sie selbst eine Vorstellung, besser ein Konzept zur Integrationsarbeit erarbeiten und präsentieren. Dieses wiederum muss zwingend in Bezug gesetzt werden zu den Konzepten, Forderungen und Entwicklungen, die es in der jeweiligen Kommune gibt. Ihre Integrationsarbeit sollte an den Diskussionsstrang in Politik, Verwaltung, bei freien Trägern und in der Öffentlichkeit anknüpfen. Dies kann ein harmonischer Prozess sein, er kann sich aber auch im Widerspruch zu manchen Gruppen darstellen, da die Inhalte von Integration immer noch sehr unterschiedlich gesehen werden und verschiedene Forderungen daraus folgen.

Eine gelingende Integration fordert, sowohl von der Mehrheitsgesellschaft, als auch von Minderheiten, Leistungen. Diejenigen, die Integration voran bringen wollen, müssen sich stets an Interessen, Haltungen, Einstellungen der Zuwander/innen und auch der Mehrheitsgesellschaft richten. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Befürworter der Integration als Lobbyisten der einen oder anderen Gruppe gesehen werden, die Probleme möglicherweise thematisieren oder skandalisieren, aber wenig Beiträge zu einer Lösung bringen. Integrationsarbeit hat demgegenüber mehr eine Vermittlungsfunktion und ein Vermittler braucht Kontakte und Akzeptanz zu allen beteiligten Seiten.

Darüber hinaus hat Integrationsarbeit das zu erfüllen, was Sie selbst von anderen erwartet: Für das Aufeinanderzugehen von unterschiedlichen kulturellen, sozialen und ethnischen Gruppen sollte man zunächst selbst die dafür erforderlichen Fähigkeiten haben oder erwerben, die sogenannte „interkulturelle Kompetenz“, zu der es eine breite Fachdiskussion gibt. Meine Erwartung wäre also, diese Kompetenz zu erwerben, zu praktizieren und zu vermitteln.

Integrationsarbeit unterscheidet sich von anderen kommunalen Aufgaben, wie etwa der Einführung eines neuen Tarifsystems bei den Verkehrsbetrieben oder einer neuen Art der Mülltrennung. Sie wollen dabei der Bevölkerung ein neues Regelwerk begründen und erklären mit dem Ziel, dass diese Regeln möglichst bald von möglichst vielen verstanden und eingehalten werden. Bei der Integrationsarbeit geht es jedoch vielmehr darum, sich mit Haltungen, Erfahrungen und Einstellungen auseinander zu setzen, die in Familien, in Schulen, in Tageseinrichtungen und überall im Alltag geprägt werden. Da werden sie auch bestätigt, verfestigt oder infrage gestellt. Das ist keine Aufgabe, die eine Verwaltung alleine angehen kann. Die Kommune ist darauf angewiesen, Experten zu gewinnen, die diesen Prozess moderieren. Allerdings gehört dazu ein Vertrauen in

die Kompetenz dieser Experten. Diese brauchen ein Konzept, zeigen die Mittel und Wege auf, wie Integrationsarbeit geleistet werden kann und sie verfügen über die entsprechenden Methoden und Techniken, die schließlich ihre Arbeit belegen und dokumentieren.

Geht es beispielsweise um Nachbarschaftskonflikte, bei denen die herkömmlichen Regelungsmechanismen nicht funktionieren, sind Träger gefragt, die mit interkultureller Meditation arbeiten. Integrationsarbeit sollte innovativ Bedürfnisse aufgreifen, denen bisherige Systeme der öffentlichen und freien Träger nicht nachkommen können.

Zusammenfassung Integrationsarbeit:

- Die eigene Vorstellung zur gesellschaftlichen und sozialpolitischen Bedeutung von Integrationsarbeit wird dargestellt.
- Es wird nachgewiesen, dass das eigene Handlungskonzept mit Konzepten vorhandenen öffentlicher und freier Träger abgestimmt ist.
- Die Bedeutung der eigenen Integrationsarbeit wird im Spannungsfeld von Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft entwickelt.
- Interkulturelle Kompetenzen werden definiert, nachgewiesen und erarbeitet.
- Betroffene Kinder, Jugendliche, Familien und Vereinigungen werden unmittelbar in die Arbeit einbezogen.
- Schnittstellen und Formen der Zusammenarbeit mit kommunalen Stellen sind entwickelt.

2. Zur Netzwerkarbeit

Warum soll sich eine Kommune den Luxus leisten, angesichts leerer Kassen Projekte zu fördern, die der Bund aus Gründen, die sich der Kommune oft nicht so ganz erschließen, einmal installiert hat? Wenn es ans Sparen geht, dann doch zuerst bei den Koordinations-, Verwaltungs- und Zentralstellen, bei den Arbeitskreisen, Zusammenschlüssen und Referatsstellen und möglichst nicht da, wo die unmittelbare Arbeit geleistet wird.

Außerdem ist Planung, Vernetzung und Koordination doch sowieso Aufgabe unserer Jugendhilfeplanung und unserer Sozialplanung. Netzwerk, gut und schön, aber warum soll das denn was kosten, das ist doch Aufgabe jeder Einrichtung, sich mit anderen abzustimmen. Sozialraumbezug und Lebensweltorientierung, hat das nicht schon im letzten oder vorletzten Jugendbericht gestanden? Haben denn Ausländer nicht ihre eigenen Vereine und Zusammenschlüsse und können die sich nicht mit den deutschen Vereinen abstimmen? Haben wir nicht unseren Jugendhilfeausschuss mit seinen

Unterausschüssen, wozu haben wir die verschiedenen Arbeitsgemeinschaften nach § 78 KJHG, wenn nicht, um Absprachen zu treffen? Wozu haben wir unseren parlamentarischen Sozial- und Integrationsausschuss und ist Integration nicht sowieso Thema jeden Tag ...?

Aus kommunaler Sicht sind Netzwerke ohnehin eine neue Ebene, die vielfach mit Vorsicht, Skepsis und Distanz betrachtet wird. Netzwerke sind etwas anderes, als die bekannten Gremien wie z.B. die AGs nach §78 KJHG. In ihnen sollte mehr stattfinden, als Informationen auszutauschen und Fachdiskussionen zu führen. In jedem Fall muss ihr Verhältnis und ihre Tätigkeit mit vorhandenen Arbeitsgruppen und Einrichtungen abgestimmt sein. Für mein Verständnis sind Netzwerke die Ausgangspunkte für Projekte zur Lösung von Aufgaben, die in der gemeinsamen Kompetenz bzw. im gemeinsamen Aufgabenbereich der Beteiligten des Netzwerkes sind.

Ich bezeichne Netzwerke aus kommunaler Sicht als eine Zwischenebene. Diese ist eine Ebene

zwischen den einzelnen Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe, für die Aufgabenbeschreibungen, eine Vereinbarung über Ressourcen und Zuschusshöhe sowie eine Vereinbarung über Qualitätsstandards vorliegen, und den Fachgremien angesiedelt. Während das Jugendamt für die Aufgaben der einzelnen Einrichtungen, eine unmittelbare Steuerungsfunktion hat und in den klassischen Gremien direkt vertreten ist, sind die Beziehungen zu den Netzwerken eher vage. Kommunen können gegenüber Netzwerken eine weiche Steuerungsfunktion einnehmen. Dazu ein Beispiel: Nehmen wir an, in einer Kommune wird ein neues Problemfeld ausgemacht, beispielsweise eine zunehmend größer werdende Gruppe von Kindern mit Migrationshintergrund, die Schule schwänzen oder schulabstinent sind. Ein klassisches Herangehen seitens der Kommune wäre nun, entweder einzelnen Trägern Arbeitsaufträge zu geben, sich diesem Phänomen zu widmen. Im Vorfeld zu unmittelbaren Maßnahmen könnten verschiedene Fachgremien dies alles beraten und Vorschläge unterbreiten, die letzten Endes auch zur Vergabe einzelner Aufträge führen würden.

Bestünde nun aber in der Kommune ein interkulturelles Netzwerk, ist eine andere Option für die Kommune möglich: Das Netzwerk erhält die Problembenennung und beschäftigt sich damit. Dies kann bedeuten, es wird von den Akteuren zunächst zusammengetragen, wie das Problemfeld auf dem Hintergrund eigener Erfahrungen eingeschätzt wird. Es wird erhoben, welchen Zugang die einzelnen Akteure auf der Handlungsebene zu der Thematik haben und

schließlich werden Ideen über unterschiedliche Schritte gesammelt, mit denen die Thematik von verschiedenen Seiten bearbeitet werden könnte.

Dadurch wird ein vielfältiges Handeln mehrerer Akteure möglich, die wie auch immer einzeln oder gemeinsam, auf jeden Fall aber miteinander abgestimmt, so ein komplexes Problemfeld angehen. Vielfältige Erfahrungen, Kompetenzen und Ressourcen können eingebracht werden und somit nicht nur fachlich qualifizierteres Handeln, sondern auch einen effektiveren Mitteleinsatz erzielen.

Zusammenfassung Netzwerke:

- Nachweis des Nutzens, der den Einsatz der Kosten rechtfertigt, insbesondere wenn das Netzwerk eigene Steuerungskosten erfordert,
- Definition eines Handlungsfeldes, das von bestehenden Angeboten, Maßnahmen und Arbeitsgemeinschaften nicht ausreichend abgedeckt ist,
- Kooperation mit bestehenden Einrichtungen und Arbeitsgruppen, Öffnung für alle Akteure im Feld,
- Entwickeln verlässlicher durchschaubarer Strukturen,
- Aufgaben werden projekthaft übernommen und in eigener Verantwortung umgesetzt.

3. Übergang von Modellprojekten in kommunale Jugendhilfe

Da ich selbst drei Jahre in einem Bundesmodellprojekt gearbeitet habe (Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt – AgAG) und auch einige der derzeitigen Projekte im Rahmen der Sozialen Stadt kenne, wie das Freiwillige Soziale Trainingsjahr (FSTJ) und die Interkulturellen Netzwerke, weiß ich sehr gut um die Problematik der Überführung in eine Regelförderung.

Ein Geburtsfehler tritt bereits ein, wenn ein Träger ohne ausreichende Abstimmung mit dem kommunalen Jugendhilfeträger ein Bundesprojekt übernimmt. Dies erschwert nicht nur den Start, sondern liefert zu Beginn schon Gründe, die nach Ablauf der Bundesförderung gegen eine kommunale Weiterfinanzierung sprechen können. Grundsätzlich sollte die Kommune mit Komplementärmitteln an den Projekten beteiligt und eine schriftliche Regelung über die Zusammenarbeit vereinbart werden.

Faktoren, die das kommunale Interesse weiter verstärken, sind einerseits die Art und Weise, wie die fachlichen Anforderungen an eine Integrationsarbeit erfüllt werden. Darüber

hinaus muss man den spezifischen Anforderungen von Netzwerken gerecht werden.

Zusammenfassung Modellprojekt Kommunale Jugendhilfe:

- (1) Der Entscheidung zur Bewerbung geht eine Abstimmung mit dem Jugendhilfeträger voraus.
- (2) Während der Modellphase zeigt das Projekt fachliches Know-how zur Integrationsarbeit und Kompetenzen zur Entwicklung von Netzwerken.
- (3) Der Kommune wird dargelegt, welche Bedarfe nach der Modellphase aufgenommen werden können und welche Unterstützung dafür benötigt wird.
- (4) Die geleistete Arbeit wird qualifiziert dokumentiert, mit Öffentlichkeitsarbeit verbunden und Entscheidungsträger werden kompetent miteinbezogen.